

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 2 / 2016

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Quiz zur Fußball-EM



Neues aus dem Wahlkreis

Land gibt 9900 Euro für Hundeanhänger

Ludwigsfelde. Der dringend benötigte zweite Hundetransportanhänger für die Hundestaffel der Ludwigsfelder Feuerwehr wird größtenteils aus Lottomitteln des Landes Brandenburg finanziert. Am Donnerstag habe der Förderverein dafür die Bewilligung für 9900 Euro bekommen, teilten der Verein und der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum mit.

Die Staffel hat derzeit 17 Mitglieder mit 19 Hunden. Die Kreis-CDU hatte zuvor eine Spendenaktion für den Anhänger gestartet, er kostet insgesamt 15000 Euro. „Ich freue mich nun auf die Benefizveranstaltung `Kartoffelpufferbacken mit dem Ministerpräsidenten` am 24. Juni, mit deren Hilfe der Restbetrag für die Finanzierung des Anhängers eingesammelt werden soll“, so Eichelbaum. Die Benefizveranstaltung findet am 24. Juni ab 18.00 Uhr im Gasthof „Zum Löwen“ in Löwenbruch statt.

Info: Die Karten kosten 8 Euro und sind bei Edeka Specht in Ludwigsfelde oder im Gasthof „Zum Löwen“ in Löwenbruch erhältlich.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 06.06.2016



Danny Eichelbaum MdL und das Vorstandsmitglied des Fördervereins der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde, Frau Carla Karstädt

11.06.2016 670 Jahre Thyrow



Landesstraße 79 - Eichelbaum fordert Tempo 30 in Wietstock

Der CDU-Kreis- und Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum hat gefordert, auf der L79 in Wietstock durchgängig Tempo 30 einzuführen. Das solle die Anwohner vor allem vor Lärm schützen. Die dafür zuständige Kreisverwaltung hält das aber für nicht machbar – die Straße sei gut genug ausgebaut.

Wietstock. Mit Tempo 30 auf der Landesstraße 79 durch ganz Wietstock – das stellt sich Land- und Kreistagsmitglied Danny Eichelbaum (CDU) vor. Nach Bürgerbesuchen in seiner Ludwigsfelder Sprechstunde sagt er: „Unbestritten besteht hier eine hohe Lärmbelastung für die Anwohner, die nach meiner Auffassung zu einer Geschwindigkeitsbegrenzung führen muss.“ Deshalb hatte er sich an Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) gewandt. Sie möge verkehrsrechtliche Maßnahmen prüfen, die zu Lärmreduzierung führen.

Zustimmung von der Landrätin

Wehlan stimmte ihm schriftlich zu. Sie verweist jedoch auf alles, was die Stadt bereits seit 2014 unternommen hatte. Und darauf, dass nach Prüfung des Straßenverkehrsamtes Teltow-Fläming keine Voraussetzung für die gewünschte Maßnahme vorläge. Die Landesstraße weise in Ortslage einen für die überörtliche Verkehrsfunktion ausreichenden Ausbau auf, so Wehlan. Es würden jedoch andere Maßnahmen in Betracht gezogen und angeordnet, erklärt die Landrätin, dazu seien erneut Messungen nötig. Was nicht funktioniere, das sei beim Einbiegen auf die L79 „die Verschiebung der eigenen Sorgfaltspflichten hin zu den Vorfahrtsberechtigten auf der Straße“, erklärte Wehlan.

Im Rathaus von Ludwigsfelde verweist man darauf, dass die Stadt kaum Einflussmöglichkeiten hat, weil die L79 eine Landesstraße ist. Die neue Messung läuft, bis Donnerstag hing schräg gegenüber der Blitzersäule ein mobiles Messgerät, um Fahrzeuge zu zählen und ihre Geschwindigkeiten zu messen. Die Ergebnisse werden am heutigen Freitag an den Kreis und die Landrätin übermittelt, so Stadtsprecherin Marina Ujlaki. Ordnungsamtsleiter Henry Nottrott und Ortsvorsteher informieren zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates über diese Ergebnisse. Ortsvorsteher Benno Bleifuhs freut sich zwar über Eichelbaums Initiative. Er hätte sich jedoch gewünscht, dass der Ortsbeirat vorher davon informiert und in die Diskussion einbezogen worden wäre. „Die Forderung selbst finden wir top.“

Sicherheit und Lärm waren Thema bei Einwohnerversammlungen

Wie berichtet waren Verkehrssicherheit und -lärmbelastung in Wietstock mehrfach Thema von Einwohnerversammlungen. Nach einer ersten Zählung der Stadt stand fest: Die Wietstocker übertreiben nicht, mehr als 80 Prozent der Fahrzeuge kommen deutlich zu schnell von Groß Schulzendorf aus bergab in den Ort hinein. Spitzenwerte liegen weit über 100km/h. Deshalb steht die Blitzersäule für Benno Bleifuhs auch an der falschen Stelle. „100 Meter weiter wäre sie richtig.“ Der Ortsbeirat habe das gründlich geprüft

und festgestellt: „Es gibt kein Gesetz und keine Vorschrift, die einen Mindestabstand eines Blitzers vom Ortsein- oder Ortsausgang vorschreiben“, sagt er.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.06.2016

Spargelfest in Siethen - Lica Wachsmann ist die neue Spargelkönigin

Auf dem Spargelfest in Siethen hat Ludwigsfeldes Bürgermeister Andreas Igel (SPD) am Sonntag die neue Spargelkönigin gekrönt. Die 16-jährige Lica Wachsmann aus Genshagen trägt jetzt die Krone. Die Schülerin am Marie-Curie-Gymnasium in Ludwigsfelde wird nun das Edelgemüse in der Region und darüber hinaus noch bekannter machen.

Siethen. Nur zwei Mal hat es in den vergangenen 30 Jahren am 1. Mai geregnet. Deshalb, so Roderich Ehlers, finden das Spargelfest und die Krönung der Spargelkönigin stets am 1. Mai statt – auch wenn der Spargelanstich schon Wochen vorher begonnen habe. Der Betreiber des über die Grenzen der Region hinaus bekannten Siethener Hofes konnte sich am Sonntag über viele Besucher freuen.



Neben der Krönung der neuen Spargelkönigin, sie heißt Lica Wachsmann, gab es ein Quiz zum Thema Spargel. Roderich Ehlers hatte knifflige Fragen ausgesucht, die ein Rateteam, bestehend aus Ludwigsfeldes Bürgermeister Andreas Igel (SPD), den Landtagsabgeordneten Helmut Bartel (SPD) und Danny Eichelbaum (CDU) sowie weiteren lokalen Politikern, zu beantworten hatte.



Und wie man es von Politikern erwartet, sie waren um keine Antwort verlegen. Nur einmal wurde der Joker „Publikum“ bemüht und von Ehlers gebührend gelobt. Die Frage, ob der Spargel mit dem Rhabarber, den Orchideen oder den Maiglöckchen verwandt ist, war für das Rateteam keine Hürde. Es sind die Maiglöckchen, die zur Familie der Spargelgewächse gehören. Für jede richtige Antwort spendierte Ehlers 10 Euro. Und die 110 Euro am Schluss rundete er auf 150 Euro auf.

Bürgermeister Andreas Igel durfte entscheiden, wem die Spende zugute kommen soll. Igel entschied sich für den Förderverein der Ludwigsfelder Musik- und Kunstschule, die in diesem Jahr ihr 25-jähriges Bestehen feiert.

Darüber freute sich Spargelkönigin Lica Wachsmann, denn sie treibt nicht nur gern Sport, sie spielt auch an der Musik- und Kunstschule Schlagzeug. Die Genshagerin, die in Ludwigsfelde das Marie-Curie-Gymnasium besucht, hatte zur Verstärkung an ihrer Seite die früheren Spargelköniginnen Marja Schlee, Jana Saalfeld und Diana Fiebig. Die Aufregung allerdings konnten die „altgedienten Hoheiten“ der 16-Jährigen kaum nehmen. Schließlich steckt einem nicht jeden Tag ein Bürgermeister eine Krone ins Haar und reicht auch noch seine Hand galant zum Tanze. Und dann sahen auch noch die Eltern zu, die durch die Krönung ja irgendwie zu einer Art königlichen Familie geworden waren. Königinnenmutter Claudia Wachsmann sagte lachend: „Ich weiß noch gar nicht, wie ich meine Tochter jetzt ansprechen muss.“ Vater Enrico Schöndube lehnte sich indes zurück und meinte zufrieden: „Wir haben bei der Erziehung alles richtig gemacht.“

Während Königinnen und Politiker sich beim Mariammentanz drehten, versprach Roderich Ehlers den Freunden des königlichen Gemüses, ein paar Reihen Spargel auch über Johanni hinaus zwei, drei Wochen länger zu stechen. „Für all die Kunden, die vom Spargel nicht genug bekommen können.“

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 02.05.2016

Fahrraddemo in Gröben Radeln für einen Radweg

Mehr als 250 Teilnehmer haben am Sonnabend auf einer Fahrraddemo von Gröben nach Siethen einen Radweg zwischen den beiden Ludwigsfelder Ortsteilen gefordert. Seit mehr als 15 Jahren kämpft Gröben nun schon für einen Radweg. Die Demonstranten unterschrieben zudem eine Petition für einen Radwegebau, die dem Landtag übergeben werden soll.

Gröben. So viele Leute, staunte ein Junge auf seinem kleinen Fahrrad am Sonnabend vor dem Gröbener Dorfgemeinschaftshaus. Etwa 250 Fahrradfahrer hatten sich versammelt, um an einer vom Ortsbeirat initiierten Fahrraddemonstration für einen straßenbegleitenden Radweg zwischen den Ludwigsfelder Ortsteilen Gröben und Siethen teilzunehmen.

Der rege Zuspruch freute Ortsvorsteherin Stefanie Heyden. „Seit mehr als 15 Jahren kämpft Gröben für einen Radweg. Wir als Ortsbeirat haben nun beschlossen, laut zu werden und das Problem in die Öffentlichkeit zu tragen“, erklärte Heyden. Martino Persky vom Ortsbeirat ergänzte: „Die Idee zur Fahrraddemo hatten wir Ende letzten Jahres. In der dunklen Jahreszeit ist es doppelt gefährlich,





hier per Rad auf der viel befahrenen Landstraße unterwegs zu sein.“ Unterlagen zur Thematik Fahrradweg kamen vom früheren Ortsvorsteher Ernst von Glasow, der sich in seiner Amtszeit schon für einen Radweg stark gemacht hatte, und von der Ludwigsfelder Stadtverwaltung. Von Glasow nannte den Erfolg der Fahrraddemo großartig. „Wenn es darauf ankommt, stehen die Dörfer zusammen.“ Damit verwies er auf Unterstützer, die nicht aus Gröben kamen, wie Wilfried Köppen. Der ehemalige Siethener Ortsvorsteher setzt sich nicht nur als Stadtverordneter für den Radweg ein. „Ich bin dabei, weil ich selber gern Rad fahre.“

Weitere Kommunalpolitiker und auch der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) beteiligten sich am Protest. Eichelbaum hatte noch im Februar auf eine kleine Anfrage von der Landesregierung die Antwort erhalten, der Bau eines Radweges zwischen Siethen und Gröben sei nicht dringlich. Auf einer Straße, die generell auf Tempo70 beschränkt ist, mache der Bau eines Radweges erst ab 4000 Autos pro Tag Sinn.

Muss erst etwas passieren? Das fragten auch besorgte Anrainer, die beschriftete Laken, auf denen der Radweg gefordert wird, vor ihre Häuser und an Zäunen gehängt hatten und so ihre Solidarität bekundeten. „Für alles ist Geld da, aber für so etwas Wichtiges, wie einen Radweg, von dem das Leben der Menschen abhängen kann, da wird gespart“, schimpfte Kleingärtner Klaus Rosengart aus Teltow.

Bürgermeister Andreas Igel erklärte, es gehe ihm nicht nur um den Ortsteil Gröben, nicht nur um den sicheren Schulweg für Kinder, sondern auch um die Anbindung an die Fläming Skate und die Förderung des sanften Tourismus. „Ich bin demnächst mit anderen Bürgermeistern zu einer Konferenz zum Thema Radwegekonzept bei der Landrätin und werde mich dort für den Radweg Gröben – Siethen einsetzen.“ Am Sonnabend unterschrieben die Teilnehmer eine Petition, die im Landtag von Gröbener Bürgern und den Kinderreportern eingereicht werden soll. Sie machten auf der Demo Fotos und führten Interviews für eine Sonderausgabe ihrer Zeitung.



Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.04.2016

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Streik bei Klenk Holz - CDU-Abgeordnete begrüßen Urteil gegen Blockade

Der CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum und Roswitha Schier haben das Urteil des Landesarbeitsgerichts gegen die Blockade der streikenden Klenk-Arbeiter begrüßt. Sie stünden zum Streikrecht, das dürfe aber nicht das Unternehmen gefährden. Die IG Metall dagegen gibt sich enttäuscht, aber kämpferisch.

Baruth. Die IG Metall darf nicht länger die Einfahrt zum Sägewerk der Klenk Holz AG blockieren. Das hat das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg am Mittwoch entschieden. Diese Nachricht sorgte bei den Streikenden für lange Gesichter. „Doch es gibt keinen Grund, aufzugeben und Trübsal zu blasen“, sagt Tobias Kunzmann. Der Erste Bevollmächtigte der IG Metall in Ludwigsfelde gab sich nach der Entscheidung kämpferisch: „Wir bleiben hier stehen! Es wäre falsch, jetzt wieder an die Arbeit zu gehen.“ Zumal er Signale habe, dass der wochenlange Streik „Wirkung zeigt“.

Linke unterstützen Streikende

Unterstützung erhalten die streikenden Sägewerker von den Linken. „Wir sind froh, dass wir hier sein dürfen“, sagte Maritta Böttcher. „Das Urteil des Gerichts hat auch uns traurig gemacht.“ Das Mitglied der Linken-Kreistagsfraktion war am Mittwoch mit ihrem Partei- und Fraktionskollegen Jürgen Akuloff nach Baruth gekommen, um sich mit den Streikenden zu solidarisieren. „Ihr habt keine unrealistischen Forderungen“, sagte Böttcher den Sägewerkern vor dem Werktor. „Die Geschäftsführung muss das endlich begreifen. Bleibt also am Ball und kämpft für euer Recht.“ Sie und Jürgen Akuloff wollen ein Gespräch mit der Führung von Klenk vereinbaren. „Nur wenn beide Seiten miteinander reden, wird es eine Lösung geben“, sagt Akuloff.

Der Linken-Landtagsabgeordnete Andreas Berning unterstützt Parteifreunde. Er macht den Streikenden Mut: „Euer Streik ist nicht hoch genug zu bewerten. Die Polizei wird euer Streikrecht nicht behindern.“ Berning, auch Vorstandsmitglied der Gewerkschaft der Polizei, reagierte damit auf den Polizeieinsatz vor dem Klenk-Gelände in der vergangenen Woche.

Eichelbaum kritisiert Landesregierung

Danny Eichelbaum, Landtagsabgeordneter der CDU, sieht das Vorgehen der Polizei hingegen durch das Urteil des Landesarbeitsgerichts bestätigt. „Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung, die Blockade und Sperrung der Zufahrten des Holzunternehmens Klenk in Baruth durch Streikende zu untersagen.“ Er hält einen Arbeitskampf zwar für „zulässig und verfassungsrechtlich geschützt, er darf aber nicht dazu führen, dass Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten“. Eichelbaum war mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Jana Schimke und seiner Landtagsabgeordneten Roswitha Schier (CDU) im Klenk Sägewerk.

Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass sich die SPD einseitig auf die Seite der IG Metall werfe und sich die Landesregierung in Schweigen hüllt, wenn es darum geht, ein Unternehmen mit 340 Mitarbeitern zu retten. „Bei feierlichen Eröffnungen sind die SPD-Minister vor Ort, bei Krisen werden die mittelständischen Betriebe im Stich gelassen.“

Klenk-Vorstand hat kein Verständnis für IG-Metall-Forderungen

Seit acht Tagen sind die IG-Metall-Mitglieder im unbefristeten Streik. Sie fordern einen Tarifvertrag. Schon zuvor gab es immer wieder befristete Streiks, bisher ohne Ergebnis. „Der Vorstand hat keinerlei Verständnis für die unverhältnismäßigen Forderungen der IG Metall, die nun auch noch mit illegalen Mitteln erzwungen werden sollen“, sagt Markus Adams, Vorstandsvorsitzender der Klenk Holz AG. Ihm zufolge hat der Vorstand für das Werk in Baruth die Gehälter um 2,5 Prozent zum 1. März dieses Jahres erhöht. Sie lägen schon über dem Tarifniveau in Berlin-Brandenburg: „Weitergehende Erhöhungen in diesem Zeitraum sind aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich.“ Die Sägewerker wollen weiterstreiken und fordern gleiche Löhne wie im Stammwerk in Baden-Württemberg.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.06.2016

15.06.2016 Besuch des
Spargelhofes Hennickendorf
Nuthe-Urstromtal



Schonfrist für Wildpark - Johannismühle ist Besuchermagnet – ob der Park erhalten bleibt, hängt vom Willen der Politik ab

Der Wildpark Johannismühle bei Baruth/Mark ist eine touristische Attraktion. Jährlich kommen bis zu 70 000 Besucher in das rund 100 Hektar große Areal im Landkreis Teltow-Fläming, eine halbe Autostunde südlich Berlins. Dort leben 500 Tiere, darunter Wölfe, Löwen, Braunbären, Auerochsen und Wildpferde. Schulklassen halten hier Unterricht und Projekttag ab, erfolgreich beteiligte sich der Park an einem internationalen Wisent-Zuchtprogramm. Ausgebildet werden Zootierpfleger, zwölf Mitarbeiter haben einen festen Job. Doch damit könnte bald Schluss sein, geht es nach der Unteren Forstbehörde.

Am 30. Juni dieses Jahres endet die bisherige Betriebsgenehmigung. Nach Ansicht der Forstbehörde ist der 1997 errichtete Park ein Zoo, dessen Einzäunung rechtswidrig ist, da kein öffentliches Interesse an einer Sperrung des Waldes besteht. Der Forderung nach einer Umwandlung des Waldes und sogenannten Ausgleichsmaßnahmen, etwa durch die Aufforstung an anderer Stelle, kam der Wildpark nicht nach und beantragte stattdessen eine unbefristete Betriebsgenehmigung. Die Naturschutzbehörde des Landkreises sicherte dem Park nun eine auf ein Jahr befristete Verlängerung der Betriebsgenehmigung zu.

Damit soll Zeit für eine politische Regelung der Zukunft des Wildparks gewonnen werden, wie Geschäftsführer Uwe Banisch sagte. „Wir hoffen auf die Einsicht und Unterstützung der zuständigen Politiker, die sehen, welche wichtige Aufgabe wir für Bildung, Naturschutz und Tourismus der Region leisten.“ Unterstützung kommt vom CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum, der mit einer parlamentarischen Anfrage an die Landesregierung Auskunft zur Zukunft des Parks verlangte. Die Kosten der von der Forstbehörde geforderten Ausgleichsmaßnahmen bezifferte Banisch auf 300 000 Euro. Dies überfordere die finanziellen Möglichkeiten des Wildparks, sagt Banisch. Zudem könne der Wildpark den Wald gar nicht umwandeln, da er nicht Besitzer, sondern nur Pächter sei. „Eine andere Nutzungsart schließt die Waldbewirtschaftung in der bisherigen Form aus.“ Das erschwere eine Einigung mit den Verpächtern, so Banisch.

Eine Lösung könnte nach den Worten des Wildparkschefs so aussehen: In einem gemeinsamen Vertrag mit Forstwirtschaft und Naturschutz wird die bisherige Ausnahmeregelung praktisch fortgeschrieben, solange der Wildpark besteht. „Von allen anderen Behörden haben wir Zustimmung für eine solche Regelung erhalten, nur die Untere Forstbehörde legt sich quer.“ Der Geschäftsführer ist sicher, dass der Park eine Zukunft hat. „Wir sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region und haben uns durch Forschungsprojekte international einen Namen gemacht.“

Verschiedenen Zoos haben wir mit unseren Tieren beim Nachwuchs geholfen“, sagt er. So bestehe mit dem Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung in Berlin seit 20

Jahren eine enge Kooperation. Etliche Mitarbeiter hätten im Wildpark geforscht und Promotionsarbeiten geschrieben.

„Auch die Landesregierung hat uns als wichtige touristische Attraktion ausgezeichnet“, so Banisch. Die stellte sich in ihrer Antwort an den CDU-Politiker Eichelbaum zwar hinter die Untere Forstbehörde des Landkreises, bestätigte aber ein öffentliches Interesse am Wildpark und deutete einen Kompromiss bei der Waldumwandlung an. Manfred Rey

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 07.06.2016



14.06.2016 Besuch der Firma Klenk Holz AG
in Baruth

30.05.2016 Beginn der Bauarbeiten
zwischen Wündorf und Hohenleipisch im
Rahmen der Ausbaustrecke Berlin-Dresden



04.05.2016 Besuch des Wildparkes Johannesmühle in Baruth/Mark

Adscharen im Kuhstall

Delegation aus Georgien besucht den Landkreis

Am Tag des Milchgipfels ging es am Montag in Lüdersdorf um die Milchkühe. Derzeit ist eine Delegation des Parlaments der Autonomen Georgischen Republik Adscharien auf Einladung des Landtags zu Besuch im Land Brandenburg.

Gestern Nachmittag besuchten die adscharischen Parlamentarier zunächst in Lüdersdorf die Milchkuhanlage der Agrargenossenschaft Trebbin (AGT), wo sie vom hiesigen CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum begrüßt wurden.

In der hochmodernen, gut gelüfteten und mit Ventilatoren klimatisierten Stallanlage samt automatischen Gülle-Entfernern und Kuhhautbürsten im "Wellnessbereich" sowie dem halbautomatischen Melkkarussell staunten die Gäste nicht schlecht, was es so alles an Ausstattungsmerkmalen in einem Kuhstall geben kann.



Doch bei aller technischen Innovation und Raffinesse plagt auch die AGT die gegenwärtige Milchpreisentwicklung. So liegen nach Aussagen von Markus Hermann, der die Anlage leitet, die Produktionskosten pro Liter Milch bei etwa 35 Cent. Die Einnahmen liegen dagegen nur bei 22 bis 24 Cent pro Liter, berichtete der SPD-Landtagsabgeordnete und ehemalige Vorsitzende des Landesbauernverbands Udo Folgart, der zum Besuch der Delegation aus Adscharien ebenfalls nach Lüdersdorf gekommen war.

Wie Berndt Schütze vom Landwirtschaftsamt des Kreises erläuterte, werden im Landkreis Teltow-Fläming pro Jahr 77 Millionen Liter Milch produziert. "Bei einer Unterdeckung von 10 Cent pro Liter machen die hiesigen Landwirte einen Verlust von 7,7 Millionen Euro im Jahr", sagte er.

Nach der Kuhstallbesichtigung begleitete Danny Eichelbaum, der auch Landesvorsitzender des Ringerverbandes in Brandenburg ist, die adscharischen Gäste zum Ringerstützpunkt in Luckenwalde.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 31.05.2016

Ausschuss hadert mit den Landesplänen zur Kreisreform - Kritik am Leitbildentwurf, weil Hinweise aus den Kommunen unberücksichtigt bleiben

Nach Ansicht der hiesigen Kreistagsmitglieder ist die von der rot-roten Landesregierung angestrebte Kreis- und Verwaltungsstrukturereform nicht nur wegen der beabsichtigten Zusammenlegung von Landkreisen abzulehnen, sondern auch wegen unausgegorener Vorstellungen über künftige Verwaltungsstrukturen. Da sind sich die Vertreter aller Parteien und der Verwaltung weitgehend einig, wie eine Beratung des Kreisausschusses zeigte. Das nunmehr zweite Leitbild der Landesregierung zur Verwaltungsstrukturereform verfehle die eigenen Reformziele, die da sind Erhalt und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung sowie Sicherung der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, heißt es in der schriftlichen Stellungnahme der Kreisverwaltung.

Ein Grund dafür sei, dass bisher unterbreitete Hinweise aus den Kreisen weitgehend unberücksichtigt geblieben sind. Es liege nicht am fehlenden Reformwillen der Kreise, betonte Landrätin Kornelia Wehlan (Linke), sondern an den unklaren Vorstellungen und dem unzureichenden Finanzierungskonzept. Danny Eichelbaum, CDU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag und Landtagsabgeordneter, berief sich auf den Kreistagsbeschluss von vor einem Jahr, wonach Teltow-Fläming selbstständig bleiben soll. "Viele Fragen zur Strukturreform sind nicht beantwortet", sagte er, und: "Die Reform soll gegen die Städte und Landkreise durchgepeitscht werden." Helmut Barthel, SPD-Fraktionsvorsitzender und Landtagsabgeordneter, empfahl, diese Auseinandersetzung im Innenausschuss des Landtags zu führen. Gleichwohl berief auch er sich auf den Kreistagsbeschluss, wonach die Selbstverwaltung gestärkt und die übertragenen Aufgaben ausreichend finanziert werden müssen.

"Es ist normal, wenn es Befindlichkeiten gibt, besonders bei Amtsträgern", meinte Barthel mit Blick auf die Landrätin, man sollte aber inhaltlich diskutieren. Hans-Jürgen Akuloff, Vorsitzender der Linksfraktion, betonte, dass auch das Ehrenamt berücksichtigt werden müsse. "Dieser Leitbildentwurf ist weit entfernt von den Realitäten der Landkreise." Das neue Leitbild sage nichts zur Lösung der Probleme aus, kritisierte Detlev von der Heide (SPD). Man habe in Brandenburg schon doppelt so große Landkreise wie in NRW. "Wir sollten unseren Kreistagsbeschluss bekräftigen und es ablehnen, dass unsere Kreisgrößen nochmals verdoppelt werden." Anhand eines Beispiels aus der Verwaltungspraxis verdeutlichte Umweltamtsleiter Manfred Fechner die Schwierigkeiten bei der Übernahme bisheriger Landesaufgaben. Die dazu notwendigen Fachleute aus den Landesbehörden seien derzeit oft zuständig für drei oder noch mehr Kreise. "Selbst zwei zusammengeschlossene Kreise sind kleiner als die Regionen, die bisher von einem Spezialisten betreut werden", so Fechner. So werde bei einer Verwaltungsstrukturereform bei vielen Dingen genau das Gegenteil dessen erreicht, was eigentlich beabsichtigt ist, indem Fachkompetenz nicht mehr zentral gebündelt, sondern ungleich verteilt werde.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.05.2016

Sicherheit in Teltow-Fläming - Polizeipräsident verspricht: Wache in Zossen bleibt erhalten

Rund-um-die-Uhr-Besetzung ist gesichert, aber Bürgermeisterin Michaela Schreiber ist skeptisch

Das Polizeirevier in Zossen soll nun doch in vollem Umfang erhalten bleiben. Das sagte der Polizeipräsident, Hans-Jürgen Mörke, der MAZ. "Die Wache wird rund um die Uhr besetzt sein, das gilt auch für den Wach- und Wechseldienst", so Mörke am Montag. Zur Begründung sagte der Polizeipräsident, es diene der Bürgerfreundlichkeit, die Stelle besetzt zu lassen. Der Verbleib der Kriminalpolizei werde noch geprüft.

Von einer möglichen Schließung der Wache hatte Zossens Bürgermeisterin Michaela Schreiber (Plan B) Anfang Mai durch eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Christoph Schulze (BVB/Freie Wähler) erfahren. Schulze hatte darin Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) nach der Zukunft des Zossener Standorts gefragt. In der Antwort hieß es, dass "leider immer noch nicht ausgeschlossen werden könnte, dass für die verbleibenden Revierpolizisten - insbesondere unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten - eine andere Unterbringung erfolgen" müsse. Demnach drohte schon im Juli der Umzug des Wach- und Wechseldienstes und der Kriminalpolizei nach Ludwigsfelde.

Zossen und Rangsdorf hatten sich daraufhin in einem offenen Brief für den Erhalt des Reviers eingesetzt. Eine gewisse Bedeutung habe auch die Rechts-Links-Problematik im Ort, betonte Mörke. Nach dem Brandanschlag auf die Außenstelle der Zentralen Erstaufnahmestelle für Asylbewerber in Wünsdorf im Mai 2015 brach in der Stadt ein alter Konflikt auf: Die Bürgerinitiative "Zossen zeigt Gesicht", die sich den Rechtsextremen seit Jahren entgegenstellt, fühlte sich von der Stadt im Stich gelassen. Seit vor ein paar Jahren das Haus der Demokratie niederbrannte, gab es immer wieder Drohungen und fremdenfeindliche Schmierereien gegen die Initiative. ohne Polizeiwache - nicht nur für die Bürgermeisterin ein unvorstellbares Szenario. Aktuell ist die Wache für mehr als 60 000 Bürger verantwortlich. Zu deren Einzugsbereich zählen auch die Kommunen Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf und Am Mellensee.

Noch in der vergangenen Woche hieß es, das Innenministerium prüfe, wie viele Polizisten künftig in Zossen Dienst tun werden. Zum Wochenbeginn führte Mörke gegenüber der MAZ an, dass es dank der jüngsten Nachbesserungen bei der personellen Ausstattung der Landespolizei wieder Spielraum gebe.

Zum Hintergrund: Im Vergleich zu dem 2011 beschlossenen Konzept für die Polizeireform, das ursprünglich einen Abbau auf 7000 Beamte vorsah, sind nach derzeitigem Stand bis 2020 1100 Stellen mehr vorgesehen. Für Zossens Bürgermeisterin war die überraschende Nachricht aus Potsdam kein Anlass zur Freude. Ihr ging Mörkes Aussage, die sie als "die nächste Beruhigungsspielle fürs Volk" abtat, nicht weit genug: "Ich glaube das erst, wenn der Polizeipräsident die konkrete Zusage macht, dass die Umzugspläne des Wach- und Wechselpersonals und der Kripo gestoppt werden", sagte

Schreiber der MAZ und ergänzte: "Wenn man eine Person 24 Stunden dahin setzt, ist das keine anständige Wache."

Danny Eichelbaum (CDU) begrüßte die Entscheidung, das Revier in seinem jetzigen Bestand zu erhalten. Der Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende versprach, dass seine Fraktion im Innenausschuss Anfang Juni noch einmal "abklopfen" wolle, ob die Zusagen aus Potsdam auch so umgesetzt werden. Die für Donnerstag geplante AfD-Demo zum Erhalt der Wache soll vorerst nicht abgesagt werden, bestätigte die Kreisvorsitzende Birgit Bessin.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.05.2016

Kreisausschuss diskutiert bei Spargelsuppe über Flurordnung - Mitglieder des Landwirtschaftsgremiums zu Besuch in Siethen

Siethen. Statt wie sonst im Ausschusssaal in Luckenwalde, tagte der Landwirtschafts- und Umweltausschuss des Kreises Teltow-Fläming in dieser Woche unter freiem Himmel auf dem Spargelhof in Siethen.

Dort informierte Inhaber Roderich Ehlers über die Besonderheiten seines Kleinbetriebs. Es ist nicht das erste Mal, dass der Ausschussvorsitzende Danny Eichelbaum (CDU) zur Beratung außerhalb der Kreisstadt bittet. Im Februar waren die Abgeordneten zu Gast auf dem 2004 eröffneten Erlebnishof Werder. Im Gegensatz zu den Jüterbogern ist Ehlers schon seit 20 Jahren im Geschäft. Seit 1996 baut der Seiteneinsteiger aus Niedersachsen in Ludwigsfelde Spargel an.



Anders als in vielen Großbetrieben wächst die Kulturpflanze dort „zu 70 Prozent auf nacktem Boden“, wie er sagt. Nur auf rund 30 Prozent der Flächen verwendet der Spargelbauer eine lichtundurchlässige Schutzfolie gegen Unkraut. Folie wirkt bei Spargel wie ein Mini-Treibhaus und sorgt dafür, dass er schneller wächst, erklärt Ehlers. Viele Betriebe ernten daher schon Anfang April – nicht so in Siethen: „Bei uns gibt es keine Verfrühung.“ Wegen des kühlen Wetters habe der Spargel in diesem Jahr auf sich warten lassen.

Mittlerweile ist die Saison in vollem Gang: Von der Handelsklasse eins bis zum Grün- und Suppenspargel bietet Ehlers täglich frische Sortierungen an, von deren Qualität sich die Abgeordneten nach dem Rundgang überzeugten.

Während Ehlers Spargelcremesuppe auftischte, informierte Markus Klaer, Geschäftsführer des Verbands für Landentwicklung und Flurneuordnung Brandenburg (VLF), über ein vergleichsweise schwer verdauliches Thema: die geplante Kommunalisierung der Flurneuordnung. Im Zuge der Kreisgebietsreform wird derzeit diskutiert, die Zuständigkeit für die Neuordnung des land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzes an die Kreise abzugeben.

Wie die Verwaltungen die Flurbereinigungsverfahren künftig durchführen sollen, ist indes unklar. CDU-Mann Eichelbaum sprach sich dafür aus, die Verantwortung auch in Zukunft beim zuständigen Landesamt zu belassen. Christian Grüneberg von der SPD kritisierte die Diskussion hingegen als „verfrüht“. Er forderte, eine zweite Meinung einzuholen, um sich ein Bild über die umstrittenen Kommunalisierungspläne machen zu können. Eichelbaum verwies daraufhin auf die für Anfang Juni geplante Anhörung der Landräte in Potsdam.

Info: Spargelland Brandenburg

In Teltow-Fläming ist der Spargelanbau in den vergangenen Jahren gestiegen. Im Jahr 2012 wurde die Kulturpflanze im Landkreis auf 480 Hektar Ackerfläche angebaut. Im vergangenen Jahr bewirtschafteten die Spargelbauer knapp 780 Hektar Fläche. Brandenburgweit beträgt der Anteil der Spargelflächen in Teltow-Fläming aktuell 18 Prozent. Sieben Betriebe bauen zurzeit Spargel in Teltow-Fläming an.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 20.05.2016

Truppenübungsplatz Jüterbog - Kriegsmunition explodiert in der Sonne

Wieder hat es auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz bei Jüterbog gebrannt – austretender Phosphor könnte der Grund sein

Die Waldbrandsaison hat begonnen: Bei einem vermutlich durch explodierende Munition ausgelösten Feuer auf dem Übungsplatz Jüterbog (Teltow-Fläming) sind 13 Hektar Wald und Heide versengt worden - das entspricht der Fläche von 18 Fußballfeldern. Das Feuer, das am Montagnachmittag ausgebrochen war und die Nacht hindurch schwelte, war am Dienstagmittag unter Kontrolle. Zuvor hatte die Einsatzleitung eine Warnung ans Innenministerium geschickt, dass ein Übergreifen auf ein unzugängliches Areal von 500 Hektar drohe - dazu kam es nicht, weil der Brand an einem Sandweg über Nacht weitgehend von selbst erlosch.

Am Brandort - Zielpunkt für Schießübungen seit dem Kaiserreich – dürfen Feuerwehren aus Sicherheitsgründen nicht direkt löschen. "Es gibt Erfahrungen, wonach Einsatztechnik in früheren Jahren durch Granatsplitter beschädigt wurde", sagt Jüterbogs Bürgermeister Arne Raue (parteilos). Auch sei bekannt, dass die Flächen mit chemischen Substanzen erheblich verseucht sind", sagte Raue. Feuerwehrleute berichten, dass beim aktuellen Brand mehrere Detonationen zu hören waren.

Die Landesregierung hat laut Bürgermeister einen Mindestabstand von einem Kilometer empfohlen. Beim Ortstermin wird klar: auf dem Truppenübungsplatz wird es auch in Zukunft brennen und knallen. Granatsplitter und ganze Geschosskörper ragen alle paar Meter aus dem verkohlten, noch rauchenden Gestrüpp. Wie viele tausend Geschosse noch im Sand stecken, ist unklar. Nur wenige Hauptwege sind überhaupt beräumt. Die Feuerwehr hat Anweisung, einen Sicherheitsabstand zu halten und lediglich die Wege und die angrenzende Vegetation - Kiefern, Birken und Heidekraut - zu benetzen.

Das größte Problem sei die phosphorhaltige Munition aus dem Dritten Reich, so erläutert Jüterbogs Ortswehrführer Lutz Selent. Die Witterung lasse Blindgänger aufplatzen. Im Kontakt mit Sauerstoff und bei hohen Temperaturen entzünde sich die Chemikalie, so Selent. "An heißen Tagen, wenn in der Sonne bis zu 60 Grad herrschen, geht es gegen 13, 14 Uhr los", sagt der Feuerwehrmann. Das Feuer bringe dann auch andere Geschosse zur Explosion.

Eine Komplettberäumung der 9000 Hektar, auf denen auch Wölfe leben, hält Selent für illusorisch: "Damit werden sich noch unsere Nachfahren in zwei, drei Generationen herumschlagen", so der Ortswehrführer. "Jetzt ist die Wehrmachtsmunition unser Problem, in 20 Jahren die aus sowjetischen Zeiten." Drei Armeen haben die Wälder umgepflügt und ihren explosiven Schrott zurückgelassen. Schon im Kaiserreich trainierte die Truppe dort.

Im Jahr 1860 fanden die ersten Schießübungen statt. 9000 französische Gefangene bauten die Anlage während des deutsch-französischen Krieges 1870 aus. Eines der größten Geschütze des Kaiserreichs, die "Dicke Bertha", die im Ersten Weltkrieg Festungen knackte, wurde bei Jüterbog getestet, außerdem Luftminen und Torpedos. Im Dritten Reich avancierte das Gelände zum größten Übungsplatz Deutschlands. Schließlich feuerte die Sowjetarmee aus allen Rohren.

Politisch hat der Brand Zündstoff. Bürgermeister Arne Raue fordert mehr Unterstützung seitens der Landesregierung: "Teilweise erstattet das Land Kosten der Brandbekämpfung, lässt die betroffenen Kommunen jedoch im Wesentlichen allein." Die Jüterboger Stadtverordnetenversammlung und Landrätin Kornelia Wehlan (Linke) hätten sich ans Land gewandt. "Es gab keine brauchbare Reaktion", so Raue.

Die CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum und Sven Petke fordern, die Landesregierung müsse "ein Kampfmittelbeseitigungskonzept für die betroffenen Landkreise auf den Tisch zu legen". Teltow-Flämings bestehe zu 24 Prozent aus Munitionsverdachtsflächen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.05.2016

„Kooperation statt Zwangsfusion“ - Kreisreform: CDU diskutiert in Ludwigsfelde

Heimat lässt sich nicht mit Mathematik ausdrücken, findet die brandenburgische CDU: Derzeit tourt die Partei durch das Land, um gegen die geplante Kreisreform mobil zu machen. Was sie den Plänen von Rot-Rot entgegensetzen haben, darüber sprachen die Christdemokraten in dieser Woche in Ludwigsfelde.

Ludwigsfelde. Gut eine Stunde hat Karsten Schmidt mit dem Auto von seiner Heimatstadt Dahme aus gebraucht, um rechtzeitig im Technikmuseum in Ludwigsfelde anzukommen. Dort fand am Montagabend eine Podiumsdiskussion der CDU zur geplanten Kreisgebietsreform statt.



Seit Anfang März touren die Christdemokraten durch die Landkreise und kreisfreien Städte, um gegen die umstrittenen Pläne der rot-roten Landesregierung mobil zu machen. Geht es nach Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD), soll die Zahl der Kreise bis 2019 durch Fusionen halbiert werden. Karsten Schmidt sieht die geplante Reform mit großer Sorge. Er ist Feuerwehrchef und Stadtverordneter im Amt Dahme. Obwohl er selbst keiner Partei angehört, hat er die knapp 70 Kilometer auf sich genommen, um sich anzuhören, welche Alternativen CDU-Fraktionschef Ingo Senftleben, der Vorsitzende der CDU im Kreistag Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum, Bundestagsabgeordnete Jana Schimke und Sven Petke, der kommunalpolitische Sprecher der CDU im Landtag, zum Kurs von SPD und Linke zu bieten haben.

Warnung des Amtwehrführers

„Unsere Ehrenamtler sind von der Kreisgebietsreform am meisten betroffen“, prognostiziert Schmidt. Gerade in den Freiwilligen Feuerwehren engagieren sich fast ausschließlich ehrenamtliche Kameraden. Schon jetzt müssen sie für gemeinsame Einsätze oder kreisweite Dienstbesprechungen weite Strecken fahren. Sollten die 14



Landkreise künftig, wie geplant, zu acht Großkreisen zusammengelegt werden, sei das für viele Berufstätige nicht mehr zu schaffen. Der Amtwehrführer sieht nicht nur das Ehrenamt, sondern auch das Amtsmodell in Gefahr: „Kommunalpolitisch haben wir schon jetzt nicht mehr viel zu

entscheiden“, kritisierte Schmidt. Als Beispiel nannte er die Windkraft: „Das Landesumweltamt erteilt die Baugenehmigungen und wir müssen es unseren Leuten vor Ort erklären.“ Mit Bürgernähe habe das wenig zu tun.

„Man muss die Struktur dem Land anpassen, nicht umgekehrt“, pflichtete CDU-Fraktionschef Senftleben dem Feuerwehrmann aus Dahme bei. Das Amtsmodell habe Zukunft. Die gegenwärtigen Verwaltungsstrukturen hält der Parteivorsitzende der Landes-CDU für bürgernah, ehrenamtsfreundlich und effizient. Dass die brandenburgische Verwaltung funktioniere, habe nicht zuletzt die Bewältigung des Flüchtlingszustroms gezeigt. In ihrem aktuellen Strategiepapier, das die Christdemokraten in Ludwigsfelde vorstellten, heißt es: „Wir wollen Bewährtes erhalten, Schwächen abbauen und Potenziale nutzen.“ Senftleben bezeichnete die Kreisreform als massiven Einschnitt in die kommunale Selbstverwaltung. Anstelle einer „Zwangseinkreisung“ schlägt die CDU Fusionen auf freiwilliger Basis vor. Um Verwaltungskosten zu sparen, könnten bestimmte Aufgaben künftig gebündelt werden. Die kommunalen Grundstrukturen sollen erhalten bleiben.

Gang vors Verfassungsgericht

„Alles schön und gut“, meint Wehrführer Schmidt, „aber was können wir tun, um die Reform zu stoppen?“ Als letztes Mittel werde man prüfen, ob die Reform vor dem Verfassungsgericht Bestand hat, so Senftleben. Das Gesetzgebungsverfahren zur Kreisreform beginnt im Juli. Bis dahin will die Partei „alle parlamentarischen Möglichkeiten“ ausschöpfen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 27.04.2016



24.04.2016 Aufstellung des Maibaumes in Jüterbog



CDU fordert Stärkung der wirtschaftlichen Kraft des Landkreises Teltow-Fläming

Zu den Ergebnissen für den Landkreis Teltow-Fläming beim Regionalranking des Institutes der deutschen Wirtschaft erklärt der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum:

"Die Rankingergebnisse zeigen für Teltow-Fläming Licht und Schatten. Eine Stärke des Landkreises ist die geringe Arbeitslosigkeit und die gute Verkehrsinfrastruktur, die sich in einem sehr guten 18. Platz aller deutschen Landkreise beim Arbeitsmarkt widerspiegeln. Eine besondere Ausstrahlung auf den Arbeitsmarkt im Landkreis hat hier unsere Boomtown und unser Autostandort Ludwigsfelde. Wir können stolz auf unsere Unternehmen sein. Es lohnt sich aber daran zu arbeiten, die wirtschaftliche Kraft des Landkreises zu stärken. Unsere Nachbarn, Potsdam, Potsdam-Mittelmark und der Landkreis Dahme-Spreewald sind bei der Wirtschaftsdynamik an Teltow-Fläming vorbeigezogen. Teltow-Fläming belegt hier nur noch den 111. Platz, LDS den 27. Platz. Gut geht es den Menschen dort, wo die Politik die Weichen für ein positives Wirtschaftswachstum stellt. Wir müssen im Wettbewerb der Regionen unseren mittelständischen Unternehmen gute Rahmenbedingungen bieten. Hierzu gehören unbürokratische und schnelle Genehmigungsverfahren und eine exzellente Bildungsstruktur. Gute Kitas und Schulen im Landkreis erhöhen auch die Lebensqualität. In dieser Kategorie erreicht unser Landkreis leider nur Platz 213. Es gibt also viel zu tun, damit Teltow-Fläming wieder Nummer 1 wird."

Quelle: Pressemitteilung, 13. April 2016



23.03.2016 Besuch des Einsatzführungsbereiches 3 der Luftwaffe in Holzdorf

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Müller lehnt Kandidaten ab - Berlins Hartz IV-Gericht bald ohne Präsident?

Ein Amtsnachfolger für das Landessozialgericht ist zwar gefunden, aber Berlins Regierender Michael Müller will ihn offenbar nicht

Mehr als 20.000 Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide von Berlinern und Brandenburgern stapeln sich beim Landessozialgericht in Potsdam. Trotzdem ist der Chefposten dort seit Anfang 2014 vakant.

Jetzt droht Führungslosigkeit. Denn Vizepräsident Herbert Oesterle (64) geht Ende des Jahres in den Ruhestand. Und ein Veto des Regierenden Michael Müller (51, SPD) verhindert die Neu-Besetzung des Präsidenten-Amtes.

Dabei hatten sich die Justizverwaltungen beider Länder auf einen Nachfolger mit ausgezeichneten Referenzen verständigt: Martin Estelmann (55), Richter am Bundessozialgericht, angeblich aber auch CDU-nahe. Wie aus Justizkreisen verlautete, soll sich deshalb Senatschef Müller quergestellt haben.

Seit März liegt die Personalie auf Eis – und der Richterwahlausschuss hat die Besetzung am 29. Juni wieder nicht auf seiner Tagesordnung. In Brandenburg löst das Hinhalten Müllers Kritik aus. „Wir erwarten, dass der Regierende Bürgermeister endlich den Stillstand beendet, den er selbst ausgelöst hat“, sagt CDU-Rechtspolitiker Danny Eichelbaum (42).

Senatssprecherin Daniela Augenstein ausweichend: „Das Besetzungsverfahren liegt bei der Senatsjustizverwaltung.“

Quelle: BZ, 14.06.2016

Gastgeber schicken eine neue Kämpfergeneration auf die Matte

Internationaler Brandenburgcup der Kadetten im Freistilringen in Luckenwalde

Mehr als 150 Teilnehmer aus 13 Ländern begrüßte der 1. Luckenwalder SC als Gastgeber des diesjährigen Internationalen Brandenburgcups der Kadetten im freien Stil am Sonnabend in der Fläminghalle. Das war zwar keine Rekordbeteiligung, aber eine, die sich durchaus sehen lassen kann.

Der international gut besetzte Wettkampf erlebte am Wochenende seine 21. Auflage in der Luckenwalder Fläminghalle. "Es war wie immer ein starkes Turnier, das hat sich auch in den Ergebnissen ausgedrückt", zieht Michael Kleinschmidt Bilanz. Er ist am Luckenwalder Ringerstützpunkt der verantwortliche Trainer für die Freistil-Kadetten, also die 15- bis 17-jährigen Nachwuchsringer.

Für die gastgebende Sportschule standen am Sonnabend zwölf Athleten auf der Matte. Zwei von ihnen schafften es in die Medaillenränge. Moritz Langer (42 kg/Heimatverein: PSV Rostock) gewann Silber und Alexander Biederstädt (85 kg/Heimatverein: RV Lübtheen) setzte sich im kleinen Finale gegen Artjoms Sumakovs aus Lettland durch.

"Insgesamt haben unsere Sportschüler die Erwartungen erfüllt", erklärt Kleinschmidt. Die Gastgeber haben einen Generationswechsel vollzogen. Zehn der zwölf Luckenwalder Freistilringer sind erst im ersten oder zweiten Kadettenjahr. "Wir hatten also eine recht junge Mannschaft am Start, das lässt für die kommenden Jahre hoffen", sagt der Luckenwalder Nachwuchscoach. Für den einen oder anderen seiner Schützlinge hätte es am Sonnabend sogar noch eine bessere Platzierung sein können. Kleinschmidt haderte öfters mit den Entscheidungen der Kampfrichter. "Schön ist es natürlich, wenn man im Kampf ohne den Schiedsrichter überzeugt, aber in manchen Situationen hätte ich mir schon ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl von den Unparteiischen gewünscht", erklärt Kleinschmidt.



Aus deutscher Sicht war das Freistil-Kadettenturnier in Luckenwalde ebenfalls ein Erfolg. In der Nachwuchsnationalmannschaft des Deutschen Ringerbundes (DRB) starteten am Sonnabend zehn Ringer. Sie setzten sich in sechs Gewichtsklassen durch. Dazu holten sie zwei Bronzemedailien. Die jungen DRB-Mattenfüchse gewannen damit die Vereinswertung mit 77 Punkten vor Frankreich (66) und Polen (54.). "Das Kadettenturnier ist vom Luckenwalder SC wieder sehr gut vorbereitet worden", erklärt Danny Eichelbaum. Der Präsident des Brandenburger Ringerverbandes (RVB) freute sich besonders über die guten Platzierungen und das erfolgreiche Abschneiden der neuen Luckenwalder Ringergeneration sowie über die "klasse Leistung" der deutschen Freistil-Kadetten.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 13.06.2016



14.06.2016 40 Jahre Opfervereinigung
Weisser Ring

Ringen: Luckenwalder kommen zu Meisterehren

Jubel beim 1. Luckenwalder SC. Nach etlichen Negativschlagzeilen für den Club in diesem Jahr gibt es wieder etwas Positives zu berichten. Die Luckenwalder glänzten bei den Deutschen Meisterschaften der Freistilringer in Freiburg (Breisgau).

Luckenwalde. Bei den Deutschen Meisterschaften in Freiburg (Breisgau) drückten die Freistilringer aus Luckenwalde dem Geschehen ihren Stempel auf. Zweimal Gold, dreimal Silber und weitere gute Platzierungen bedeuteten am Ende Platz eins in der Vereinswertung, sowie Platz zwei in der Verbandswertung. Damit hat Brandenburg seinen Spitzenplatz im Freistillager verteidigt.

Martin Obst gelingt Titelverteidigung

Riesenjubiläum gab es als Martin Obst (74 kg) von der Matte kam. Trainer, Betreuer, Sportkameraden und LSC-Fans fielen über den Recken her, der seinen Titel souverän verteidigte. Vor zwölf Monaten noch als Sensation gefeiert, ließ Obst bei seinen Kämpfen nichts anbrennen. Der LSC-Ringer siegte in der Vorrunde souverän. Das Finale gegen seinen Erzrivalen Georg Harth (SV Weingarten) war eine Augenweide. Obst legte mit schnellen Beinangriffen den Grundstein für seine erneute Meisterschaft. Als er auch den verbissenen Endspurt seines Kontrahenten abwehrte und den Titel verteidigte kannte der Jubel im Luckenwalder Lager keine Grenzen. Schon bei den Weltmeisterschaften 2015 in Las Vegas (USA) sowie bei den Olympia-Qualifikationsturnieren bewies Obst mit viel Kampfgeist, dass Luckenwalde auf der Weltkarte vertreten ist. Für das Ticket nach Rio reichte es in einer der am stärksten besetzten Kategorie dann zwar für ihn nicht, aber Obst ist international eine Hausnummer.

Nick Matuhin bleibt Deutschlands Top-Superschwerner

„Ich bin die Nummer eins in Deutschland“, das unterstrich auch Schwergewichtler Nick Matuhin in Freiburg eindrucksvoll. Der LSC-Hüne musste kaum Widerstand brechen. Er war seinen Gegnern körperlich und technisch weit überlegen. Im Meisterschaftsturnier, das im nordischen System „jeder gegen jeden“ gerungen wurde, glänzte auch Aslan Mahmudov (Germania Potsdam), der gleich im ersten Duell den Vorjahresmeister Robin Ferdinand (ASV Boden) mit technischer Überlegenheit (11:1) von der Matte schickte. Im Finale setzte sich Matuhin gegen seinen Trainingskameraden aus dem Luckenwalder Stützpunkt souverän durch. Mahmudov errang Silber. Auf den Bronzerang kam mit Marcel Böhme ein Ex-Luckenwalder, der mittlerweile für den RV Thalheim (Sachsen) kämpft.

Steigerung durch Lennard Wickel

Lennard Wickel (70 kg) steigerte sich im Turnierverlauf ebenfalls. Er kämpfte sich mit einem knappen 5:5-Erfolg, bedingt durch die höhere Wertung über den Lokalmatadoren Stefan Käppeler (AV Freiburg St. Georgen) ins Finale, wo er Kubilay Cakici (RWG Mömbris-Königshofen) einen beherzten Kampf lieferte, der die 500 Ringkampfans in

der Halle von den Stühlen riss. Erst zum Ende des Duells setzte sich Cakici mit schnellen Beinangriffen durch.

Nach vielen Vizemeisterschaften wollte auch Emanuel Krause (57 kg) endlich den Titel. Doch einmal mehr hatte Marcel Ewald (KSV Ispringen) das bessere Ende für sich. Mit einem Beinangriff riss er Krause aus allen Träumen. Der Luckenwalder setzte sich in den weiteren Begegnungen jedoch sicher durch, was im Notizbuch des Bundestrainers Sven Thiele rot stehen dürfte, da Ewald nach verpasster Olympia-Qualifikation seinen Rücktritt vom internationalen Geschehen verkündete.

Eine weitere Silbermedaille holte der Ex-Luckenwalder Philipp Herzog, der beim Zweitbundesligisten FC Erzgebirge Aue anheuerte, jedoch noch immer am Stützpunkt Luckenwalde gute Trainingsbedingungen hat. Herzog setzte sich gegen die nachrückenden Junioren Tim Moosmann (KSV Tennenbronn) und Nico Zarcone (KV Riegelsberg) durch und bot im Finale dem aktuellen DRB-Auswahlringer und Titelverteidiger Manuel Wolfer (RG Hausen-Zell) einen großen Kampf.

Franco Büttner, der für diese Titelnkämpfe ins leichtere Limit bis 74 Kilogramm abspeckte, verpasste Bronze knapp. Nach zwei Vorrundensiegen sowie einer Halbfinalniederlage gegen Georg Harth (SV Weingarten) stand der LSC-Weltergewichtler im kleinen Finale, wo er gegen Marcus Knobel (TSV Dewangen) hauchdünn mit 4:5 das Nachsehen hatte. Viel Einsatz zeigten auch Felix Menzel (70 kg), Ilja Matuhin und Robert Glor (beide 97 kg), die sich trotz guter Kämpfe nicht unter die Besten ihrer Gewichtsklassen schieben konnten.

Bundestrainer sieht deutsche Freistilringer für die Zukunft gerüstet

„Ich bin überrascht, wie unsere jungen Ringer gekämpft haben. Es gab viele spannende und knappe Duelle“, sieht DRB-Vizepräsident Günter Maienschein die Generation 2020 gut aufgestellt. Das wird man auch im LSC-Lager gerne gehört haben, wo derzeit Vieles auf Tokio 2020 ausgerichtet wird. Lob kam auch von Freistil-Bundestrainer Thiele. „Es haben sich einige junge Ringer mit guten Leistungen empfohlen, damit haben wir gemeinsam mit gestandenen Athleten eine gute Mischung für den Start in den neuen Olympiazzyklus zusammen“, sagte er.

„Ich bin stolz auf unsere Luckenwalder Ringer. Sie haben mit Teamgeist und Herzblut gekämpft“, erklärte Danny Eichelbaum, Präsident des Ringerverbandes Brandenburg.
Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.06.2016

09.06.2016 Besuchergruppe der AWO Teltow-Fläming
im Landtag



CDU für Fußfesseln bei Extremisten

Die CDU-Landtagsfraktion verlangt von Justizminister Stefan Ludwig (Linke), dass er sich für den Einsatz von elektronischen Fußfesseln bei Extremisten stark macht. Auf der Justizministerkonferenz in der kommenden Woche in Nauen wollen die unionsregierten Länder Bayern und Hessen einen entsprechenden Antrag einbringen. Als Vorsitzender der Justizministerkonferenz müsse er sich für eine bessere Extremismus- und Terrorismusbekämpfung einsetzen, erklärte CDU-Fraktionsmitglied Danny Eichelbaum. Bislang werde die elektronische Fußfessel in Deutschland nur im Bereich von Sexual- und Gewalttätern eingesetzt. Eine Ausweitung auf Extremisten entlaste die Polizei von Überwachungsaufgaben. In Brandenburg hätten sich offiziellen Quellen zufolge bereits 70 Islamisten dem sogenannten IS angeschlossen, erklärte Eichelbaum. Der Brandenburger Verfassungsschutz habe bereits zu Jahresanfang davor gewarnt, dass die Sicherheitsbehörden die Überwachung dieser Personen kaum bewältigen könnten.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 28.05.2016



03.06.2016 Besuch des
Einsatzführungskommandos der
Bundeswehr und des Waldes der
Erinnerung in Geltow

31.05.2016 Empfang des Bundesverbandes der Luft- und
Raumfahrtindustrie anlässlich der ILA Berlin



"Fatales Signal" - Die CDU will die Ersatzfreiheitsstrafe erhalten. Anders sehen es die Vollzugsbediensteten

Potsdam - Die Pläne von Brandenburgs neuem Justizminister Stefan Ludwig (Linke) zur Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe stoßen auf ein geteiltes Echo. Die oppositionelle CDU-Fraktion im Landtag kritisierte Ludwigs Vorschlag scharf, über den die Justizministerkonferenz, deren Vorsitz Brandenburg innehat, Anfang Juni in Nauen befinden soll.

Wer zu einer Geldstrafe verurteilt wird und diese nicht zahlen kann, kommt nach bisheriger Regelung in Haft. Diese Praxis soll nach Ludwigs Willen ein Ende haben. CDU-Fraktionschef Ingo Senftleben sagte, dann könnten sich die Richter auch ihre Urteile verkneifen. Dem Rechtsstaat gehe damit ein Sanktionsmittel verloren. Das Signal an Verurteilte und die Gesellschaft sei fatal, wenn Taten nicht mehr verfolgt und auf die Einhaltung der Gesetze nicht mehr geachtet werde. CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum sagte, Ludwigs Vorschlag setze die "linke ideologische Linie von Ludwigs Amtsvorgängern fort". Der Minister beabsichtige eine weitere Verharmlosung und Aufweichung strafrechtlicher Sanktionen. Ludwigs Pläne seien der Versuch, vom Personalmangel an den Gerichten und in den Justizvollzugsanstalten des Landes abzulenken.

"Die Verringerung der strafrechtlichen Ahndung ist den Bürgern angesichts steigender Kriminalitätszahlen nicht zu vermitteln. Es gibt außerdem auch gar keinen Regelungsbedarf, da Straftäter jederzeit beantragen können, freie Arbeit zur Tilgung einer Geldstrafe leisten zu dürfen", sagte Eichelbaum. Stattdessen sollte der "Instrumentenkasten der strafrechtlichen Sanktionen in Brandenburg" erweitert werden. "Schwitzen statt Sitzen" - also gemeinnützige Arbeit - solle ausgebaut werden. Davon profitiere nicht nur die Allgemeinheit. Verurteilte, die lange arbeitslos sind, könnten so wieder einen geregelten Arbeitsrhythmus erlernen - und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen, so Eichelbaum. Als Vorbild nannte er das Berliner Pilotprojekt "Day for Day", bei dem Straftäter in den Justizvollzugsanstalten ihre Ersatzfreiheitsstrafen durch Arbeit abkürzen können. Die "Regelstrafe einer nicht gezahlten Geldstrafe muss jedoch die Ersatzfreiheitsstrafe bleiben", sagte er. Ralf Roggenbuck, Landeschef beim Bund Brandenburger Staatsanwälte, nannte die Abschaffung der Ersatzhaft den falschen Weg. Durch den Wegfall würde den Strafverfolgungsbehörden ein Druckmittel fehlen, um Strafen gegen zahlungsunwillige Täter zu vollstrecken.

Insbesondere mit Blick auf die sogenannten Reichsbürger, die die Existenz der Bundesrepublik leugnen, das Rechtssystem nicht anerkennen und zunehmend zum Problem für die Behörden werden, sei der Wegfall der Ersatzhaft fatal. Die Abschaffung gebe gerade jenen, die das Rechtssystem ablehnen und missbrauchen, "die Möglichkeit das zu tun". Hier gehe dann jede Chance auf Vollstreckung verloren. Wer die Geldstrafe tatsächlich nicht zahlen könne, könne dies auch über Arbeit ableisten. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten in Brandenburg hält die Ersatzfreiheitsstrafe wegen der

hohen Fluktuation für eine große Belastung für die Gefängnisse im Land. Der Verwaltungsaufwand sei enorm, die eigentliche Gesetzesvorgabe zur Behandlung und Resozialisierung sei bei den kurzen Ersatzfreiheitsstrafen von maximal sechs Monaten gar nicht möglich, sagte Landeschef Rainer Krone. Mit der aktuellen Personalausstattung im Strafvollzug sei das nicht machbar. Am Ende bleibe nur ein Verwahrvollzug. Eine Ableistung der Strafe über Sozialstunden wäre für die meisten Verurteilten die bessere Alternative. Der Aufwand im Gefängnis für Verurteilte, die "dreimal schwarzgefahren sind" sei enorm. Zudem seien auch Urteile fragwürdig gegen Menschen, bei denen klar sei, dass sie die Geldstrafe nicht zahlen könnten. "Die Strafe läuft dann ins Leere", sagte Krone. Betroffen sind in Brandenburg sechs Prozent der zu einer Geldstrafe Verurteilten. Bundesweit sind es sieben Prozent. Diese Gefängnisaufenthalte verursachen der Justiz immense Kosten. Gut acht Prozent der Häftlinge im Land sitzen ein, weil sie eine Geldstrafe nicht beglichen haben. Justizminister Ludwig argumentiert, dass es unverhältnismäßig sei, wenn Menschen, die zu einer Geldstrafe und nicht zu Gefängnis verurteilt worden seien, dann doch in Haft müssten. Einer Ministeriumssprecherin zufolge sollen mit dem Vorschlag Alternativen zur Ersatzhaft wie etwa Ratenzahlungen gefunden werden - ein Führerschein-Entzug zähle ausdrücklich nicht dazu. Eine Arbeitsgruppe, die von der Justizministerkonferenz eingerichtet werden soll, solle neue Sanktionsmöglichkeiten suchen.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 25.05.2016

Justizminister plant Aufweichung strafrechtlicher Sanktionen - Danny Eichelbaum: Landesregierung will von Personalmangel in Gerichten und Justizvollzugsanstalten ablenken

Brandenburgs Justizminister Stefan Ludwig (Linke) plant in der Justizministerkonferenz im Namen Brandenburgs einen Antrag zu stellen, die Ersatzfreiheitsstrafe abzuschaffen. Dieser Vorschlag setzt die linke ideologische Linie von Ludwigs Amtsvorgängern fort und beabsichtigt eine weitere Verharmlosung und Aufweichung strafrechtlicher Sanktionen.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, sieht in dem Vorstoß des Ministers den durchschaubaren Versuch, vom Personalmangel an den Gerichten und in den Justizvollzugsanstalten des Landes abzulenken. „Die Verringerung der strafrechtlichen Ahndung ist den Bürgern angesichts steigender Kriminalitätszahlen nicht zu vermitteln. Es gibt außerdem auch gar keinen Regelungsbedarf, da Straftäter jederzeit beantragen können, freie Arbeit zur Tilgung einer Geldstrafe leisten zu dürfen.“

Laut Eichelbaum bestehe vielmehr die Notwendigkeit den Instrumentenkasten der strafrechtlichen Sanktionen in Brandenburg zu erweitern. „Der Grundsatz „Schwitzen statt Sitzen“ sollte ausgebaut werden. Von der gemeinnützigen Arbeit profitiert nicht nur die Allgemeinheit, auch Verurteilte, die lange arbeitslos sind, können so wieder

einen geregelten Arbeitsrhythmus erlernen und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen.“

Brandenburg könne sich dabei am Berliner Pilotprojekt "Day for Day" orientieren, so der CDU-Rechtsexperte weiter. "Berliner Straftäter können bei diesem Programm auch innerhalb der Justizvollzugsanstalten ihre Ersatzfreiheitsstrafen durch Arbeit abkürzen. Regelstrafe einer nicht gezahlten Geldstrafe muss jedoch die Ersatzfreiheitsstrafe bleiben.“

Quelle: Pressemitteilung, 24. Mai 2016

Städtebund kämpft weiter um gute Verkehrsanbindung - Geballte lokale Politprominenz bekräftigt Forderungen bei Ministerin

Der Städtebund Elbe-Elsteraue lässt nicht locker. Er kämpft um eine bessere Verkehrsstruktur in der Region rund um den Bundeswehrstandort. Gestern war Brandenburgs Infrastrukturministerin Kathrin Schneider (parteilos) in Holzdorf zu Gast.

Holzdorf. Ausbau der B 101 von Bad Liebenwerda nach Herzberg und weiterführend bis Berlin, Ausbau der B 87 bis Luckau mit Ortsumfahrungen, bedarfsorientierte Bahntaktungen und der Ausbau der B 187 - das sind Eckpunkte eines Positionspapiers des Städtebundes Elbe-Elsteraue. Vor allem auf Brandenburger Seite ist der Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) diesbezüglich ernüchternd ausgefallen. So ist der Städtebund mit dem Bundeswehrstandort und seinen sieben Kommunen aus den Bundesländern Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen beim Treffen gestern mit der Ministerin im Fliegerhorst mit geballter politischer Prominenz aufgetreten.



Die drei CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Stübgen (Elbe-Elster), Ulrich Petzold (Wittenberg) und Marian Wendt (Nordsachsen) sowie die Brandenburger Landtagsabgeordneten Rainer Genilke und Danny Eichelbaum (CDU), der CDU-Fraktionsvorsitzende des Landtages Sachsen-Anhalt, Siegfried Borgwardt, und EE-Landrat Christian Heinrich-Jaschinski (CDU) stärkten den Bürgermeistern und Amtsdirektoren sowie dem Standortältesten Oberst Mario Herzer den Rücken. Ihr Ziel war es, der Ministerin zu verdeutlichen, dass die Städtebund-Forderungen keine Wunschträume einzelner Kommunalpolitiker sind, sondern Grundvoraussetzung für die Zukunft der Region. Die Ministerin hat dieses Anliegen verstanden. Sie habe sich davon

überzeugt, wie wichtig der Standort für die Region ist, und davon, dass im BVWP noch Nachsteuerungsbedarf bei der Verkehrsanbindung bestehe, sagte sie. Es gehe zum Beispiel um die Frage, wie man mit Blick Richtung Leipzig am Punkt Herzberg konkret weiter komme, so Kathrin Schneider. Sie bekräftigte, dass die infrastrukturellen Probleme nur länderübergreifend geregelt werden könnten. Die Ministerin lobte die Zusammenarbeit der drei Länder auf kommunaler Ebene und das Bestreben, die Forderungen im Positionspapier schrittweise umzusetzen.

Quelle: Lausitzer Rundschau, 19.05.2016

Verkehrsgesellschaft Belzig (VGB) setzt zukünftig Capacity als PlusBus-XXL im Hohen Fläming ein

Auf Grund der sehr positiven Entwicklung der Fahrgastzahlen auf den PlusBus-Linien bringt die VGB jetzt einen vierachsigen Gelenkbus CITARO Capacity zum Einsatz. Das äußerst leistungsfähige Fahrzeug wird vorrangig auf der PlusBus-Linie 580 Bad Belzig – Golzow – Kloster Lehnin – Werder/H. – Potsdam zum Einsatz kommen. Als PlusBus XXL auch im sehr erfolgreichen Linienbranding gestaltet und ebenfalls wie die anderen Fahrzeuge von Beginn an mit WLAN und USB-Anschlüssen ausgestattet, wurde die Kapazität des ehemaligen Vorführwagens der EvoBus GmbH sitzplatzmäßig erweitert. Im Vergleich zu den im Bestand befindlichen dreiachsigen Gelenkbussen des Unternehmens in der Überlandausführung stieg das Gesamtplatzangebot um ca. 35%.



Das Unternehmen hat dafür einen dreiachsigen Linienbus INTEGRO vorzeitig ausgesondert und somit auch die Niederflurquote des Fuhrparks weiter verbessert. Bezogen auf die Gesamtkapazität ist damit rechnerisch ein Fahrgast mit 0,2l/100km unterwegs - das entspricht nur noch etwa 50% zum Vorgängerbus. Zur Präsentation konnte das Unternehmen Danny Eichelbaum, MdL und Vorsitzender des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung des Landtages Brandenburg begrüßen. Der Politiker zeigte sich hochofret von dem innovativen Fahrzeugkonzept des Unternehmens und den Erfolgen der PlusBus-Linien. VGB-Geschäftsführer Hans-Jürgen Hennig verwies darauf, dass mit der schrittweisen Anpassung des Fuhrparks „nach unten und nach oben“, also die Sprinter City 77 für die Stadtlinie und die Gelenkbusse, drei- und vierachsiger, für die PlusBus-Linien, das Unternehmen die Verbesserung von Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit verfolge. Die Kundenzufriedenheit der PlusBus-Linien übertrifft nochmals den ohnehin hohen Standard des Unternehmens.

Quelle: Verkehrsgesellschaft Belzig (VGB), 13.05.2016

Michael Keschull erhält die Ehrennadel in Silber

Genau einen Tag nach Abschluss der Olympia-Qualifikationskämpfe in Istanbul haben die Mitgliedsvereine des Ringer-Verbandes Brandenburg im Neuzeller Landhaushotel Prinz Albrecht getagt. In diesem Rahmen ehrte der Präsident des Landesverbandes Danny Eichelbaum den Vorsitzenden des Eisenhüttenstädter RC 1974 Michael Keschull mit der silbernen Ehrennadel des Verbandes.

Seit seinem Bestehen Anfang 2001 lenkt und leitet Michael Keschull ehrenamtlich die Geschicke des Eisenhüttenstädter RC, der seit vielen Jahren zu den stabilen Vereinen gehört, aus dem immer wieder Talente an das Leistungszentrum nach Frankfurt gegeben werden. So wie Christian John, der erst kürzlich bei den Europameisterschaften der Altersklasse U 23 Bronze gewann. 2012 feierte der Eisenhüttenstädter den Gewinn des Junioren-Europameistertitels, sein bislang größter Erfolg. Doch es sind auch junge Talente bereits in der Spur, die den Fußstapfen von Christian John folgen.

Gesprächsthema war natürlich das Ausscheiden der brandenburgischen Ringer in der Olympia-Qualifikation. "Erik Weiß, Damian Hartmann, Christian John, Eileen Friedrich (alle Leistungszentrum Frankfurt), sowie Nick Matuhin und Martin Obst (beide Luckenwalde), die seit genau einem Jahr um Startplätze für die internationalen Ausscheide kämpften, haben sich ordentlich verkauft, doch am Ende fehlte der berühmte Tick, oder das letzte Quäntchen Glück, um in Rio dabei zu sein", analysierte RVB-Präsident Danny Eichelbaum in seinem Rechenschaftsbericht.

Im erweiterten Kreis um die Qualifikationswettkämpfe stand Christian John (130 kg). Bundestrainer Michael Carl hatte mit dem Thor Masters ein stark besetztes Turnier in Dänemark als deutschland-internen Ausscheid ausgeschrieben, an dem John scheiterte. Er zog gegenüber seinem Dauerkontrahenten Eduard Popp (VfL Neckargartach) den kürzeren.

Doch dann wurde der Blick auf den zukünftigen Olympiazzyklus gelegt, wobei die beiden Leistungszentren Luckenwalde und Frankfurt auch schon wieder hoffnungsvolle Talente mit Blick auf Tokyo 2020 entwickeln, darunter auch der Eisenhüttenstädter Christian John. "Wir treiben gerade einen Umbruch im Verband voran, wollen die eigene Basis noch mehr stärken als bisher", beschrieb RVB-Geschäftsführer Jörg Richter das große Ziel der nächsten Jahre. So soll die Zusammenarbeit mit den Schulen verstärkt werden.

Quelle: Märkische Oderzeitung, 13.05.2016

03.05.2016 Tagung der Generalstaatsanwälte und des
Generalbundesanwaltes in Potsdam



Brandenburg: Stefan Ludwig soll neuer Justizminister werden

Der Nachfolger für Helmuth Markov steht fest. Stefan Ludwig soll neuer Justizminister in Brandenburg werden.

Das Anforderungsprofil war eindeutig: Volljurist mit Stallgeruch, weibliche Bewerber bevorzugt. Doch Frauen drängelten sich offenbar nicht um den hochdotierten Posten, der in der Brandenburger rot-roten Regierung überraschend zu vergeben war: Fast verzweifelt waren die Linken über das Wochenende hinaus auf der Suche nach einer Nachfolgerin für ihren am Freitag zurückgetretenen Justizminister Helmuth Markov. Mehrere potenzielle Kandidatinnen lehnten die Offerten der Linke-Führung ab. Einen Tag später als geplant präsentierte Linke-Landeschef Christian Görke dem Landesvorstand am Dienstagabend nun seinen Personalvorschlag: den Diplom-Juristen Stefan Ludwig. Bereits am Donnerstag könnte er nach der Ernennung durch Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) im Landtag vereidigt werden.

Für den Linke-Abgeordneten war das ein Geburtstagsgeschenk: An dem Tag der Entscheidung wurde er 49 Jahre alt. Schon einmal hatte Ludwig sich Hoffnungen auf den Posten machen dürfen – als Volkmar Schöneburg Ende 2013 über den Vorwurf stolperte, zwei frühere Mandaten in der Justizvollzugsanstalt begünstigt zu haben. Das Liebespaar hatte die Handynummer des Ministers und rief ihn mehrmals aus der Haft an. Diese Verbindung wurde publik, als Schöneburg die geplante Verlegung eines der beiden Häftlinge in eine andere JVA stoppte. Doch damals kam Ludwig nicht zum Zug. Denn der damalige Finanzminister Markov wechselte auf den Posten, der heutige Parteichef Christian Görke konnte so an dessen Stelle im Finanzressort rücken. Ludwig ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Er studierte Wirtschaftsrecht in Halle. Nach der Wiedervereinigung arbeitete er bei der Deutschen Bundespost und war Vertrauensobmann in der Deutschen Postgewerkschaft. Von 2002 bis 2009 war er Bürgermeister der Stadt Königs Wusterhausen. Ludwig gehört seit Jahren dem Führungskreis der Linken an. Er war Vize-Landesvorsitzender und von 2012 bis 2014 Landeschef. Im Landtag profilierte er sich als Innen- und Kommunalexperte.

Forderungen aus der Partei nach einer Frau

Mit dem Rücktritt von Markov wollte Linke-Chef Görke eigentlich der Forderung aus der Partei nachkommen, dem Ministerpräsidenten eine weitere Ministerin vorzuschlagen. In dem neunköpfigen Kabinett Woidke sind nur drei Frauen vertreten, die Linke hatte nach der Landtagswahl 2014 lediglich Diana Golze als Sozial- und Arbeitsministerin benannt.

Nur zwei Jahre und drei Monate nach seinem Amtsantritt war für Helmuth Markov als zweitem Justizminister der Linken das Aus gekommen. Zum Verhängnis wurde ihm ein Wochenende vor sechs Jahren. Als Finanzminister lieh er sich vom 18. bis 21. Juni 2010 für ein verlängertes Wochenende einen VW Crafter Kastenwagen des Landesbetriebs BLB aus – um sein kaputtes Motorrad nach Leipzig zu transportieren. Seine Dienstlimousine ließ er in dieser Zeit stehen. Die Rechnung des BLB für die Transporter-

Ausleihe in Höhe von 435,30 Euro bezahlte das Finanzministerium. Markov verteidigte sein Handeln zunächst, entschuldigte sich aber später.

Nach Ansicht von Parteichef Görke und Fraktionschef Ralf Christoffers hat Markov bei seiner privaten Tour mit einem Transporter aus dem Landesfuhrpark rechtmäßig gehandelt. Die Auslegung der Dienstwagenrichtlinie sei korrekt gewesen. Die CDU will nun am Donnerstag in der Landtagsitzung von der Regierung wissen, ob auch sie die Ansicht teilt, dass Markov nicht gegen die Dienstwagenrichtlinie verstoßen hat.

CDU fordert, den Stellenabbau in der Justiz zu stoppen

Auf den Neuen an der Spitze des Justizministeriums warten schwierige Aufgaben. Bis 2018 sollen nach der bisherigen Planung der rot-roten Landesregierung 211 Stellen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften abgebaut werden, mehr als ein Viertel aller Gerichtskammern müssten geschlossen werden. "Dieses größte Justizstellenabbauprogramm in der Geschichte des Landes muss umgehend gestoppt werden", forderte am Dienstag der justizpolitische Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum. "Ich erwarte, dass der neue Justizminister die Stellenreduzierungen zurücknimmt."

Denn in Brandenburg fehlten schon jetzt Richter, Staatsanwälte und Justizbeschäftigte. Die Folgen dieser verfehlten Personalpolitik seien überlange Gerichtsverfahren, hohe Krankenstände bei den Beschäftigten und Strafrabatte für Straftäter, so Eichelbaum. Rechtssuchende müssten wegen des Personalmangels länger auf ein Urteil warten als in anderen Ländern. "Eilverfahren bei den Verwaltungsgerichten dauerten 2015 etwa 52,6 Prozent länger als im Bundesdurchschnitt, bei Bußgeldsachen beträgt die zeitliche Abweichung 41,4 Prozent und bei Berufungen in Strafsachen 80,4 Prozent", so Eichelbaum weiter. Der Justizexperte fordert auch einen Neuanfang im Strafvollzug. Die Justizvollzugsanstalten müssten personell besser ausgestattet werden. Auch die Zusammenarbeit mit Berlin gehöre verbessert.

Quelle: Berliner Morgenpost, 27.04.2016



21.04.2016 Anhörung im
Landtagsausschusses für
Infrastruktur und
Landesplanung zur
Mobilitätsstrategie

Erst mal nur Telefon - Nach Kritik: Doch kein Internet im Gefängnis

Strafgefangene in Brandenburg sollen nun doch keinen Zugang zum Internet erhalten. Die Gefängniszellen werden zwar mit Mediaboxen ausgestattet, die Internetfunktion ist aber gesperrt. Damit liegt der Plan von Helmuth Markov (Linke) zunächst auf Eis. Opferverbände und die Opposition hatten das Vorhaben scharf kritisiert.

Potsdam. Brandenburgs Gefangene bekommen nun doch keinen Internetanschluss in ihre Zelle. Die Multimediaboxen, mit denen Haft Räume ausgestattet werden, seien zunächst nur zum Telefonieren gedacht, erklärte Maria Strauß, Sprecherin des Justizministeriums, auf Anfrage. Über die Möglichkeit, auch das Internet freizuschalten, müsse noch entschieden werden. Der Plan, Strafgefangenen einen eigenen Internetzugang in die Zelle zu legen, hatte für Empörung gesorgt.

Modellversuch in drei Gefängnissen

Ministeriumssprecherin Strauß sprach von einem „Modellversuch“. Demnach würden die Strafanstalten in Brandenburg/Havel, Neuruppin und Wriezen mit den Multimediaboxen ausgestattet, die auch zum Empfang von Fernsehen und Radio geeignet sind. Die Internetfunktion sei aber zunächst blockiert. Zunächst wird die JVA Brandenburg damit ausgestattet; der Vertrag mit dem Anbieter laufe auf fünf Jahre, hieß es. Für Wriezen und Neuruppin laufen noch Ausschreibungen.

CDU: „Chaos im Ministerium“

Danny Eichelbaum, Rechtsexperte der CDU, sprach von „Chaos im Justizministerium“. Minister Helmuth Markov (Linke) habe mit seinem Vorstoß eine Bruchlandung erlitten und sich nun dem Druck der Öffentlichkeit und Opposition gebeugt. „Die CDU wird auch in Zukunft derartige linke Strafvollzugsfantasien ablehnen“, sagte er. „Der Internetzugang für Strafgefangene ist ein Sicherheitsrisiko, die Begehung von strafbaren Handlungen aus der Justizvollzugsanstalt heraus kann nicht ausgeschlossen werden“ so Eichelbaum.

Auch Opferverbände wie der „Weiße Ring“ hatten vor dem Plan gewarnt. Markov solle lieber Geld in einen Opferfonds stecken, hatte der Landesvorsitzende des Verbands, Jürgen Lüth, gesagt. „Es besteht die große Gefahr, dass Opfer zum wiederholten Mal Opfer werden“, weil sie übers Internet unter Druck gesetzt oder belästigt würden.
Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 15.04.2016

15.04.2016 Übergabe der Ringerkolonaden
in Potsdam



Ausgewählte Termine Juni 2016

- 21.06.2016 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik in Potsdam
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg
- 23.06.2016 18 Uhr Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion in Thyrow
- 24.06.2016 13.30 Uhr Besuch der Verkehrsbetriebe Teltow-Fläming in Luckenwalde
15.15 Uhr Gespräch mit dem Judoverein Ludwigsfelde
16.00 Uhr Bürgersprechstunde im Wahlkreisbüro in Ludwigsfelde
18 Uhr Veranstaltung des Fördervereins der Freiwilligen Feuerwehr Ludwigsfelde
- 25.06.2016 Fläming Skate Junior Cup in Jüterbog
20 Jahre RC Germania Potsdam
- 26.06.2016 11 Uhr 25 Jahre Landschaftsförderverein Nuthe-Nieplitzthal in Glau
- 27.06.2016 17 Uhr Sitzung des Kreistages in Luckenwalde
- 28.06.2016 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik in Potsdam
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg
- 29.06.2016 18 Uhr Sommerfest der Landesregierung in Potsdam

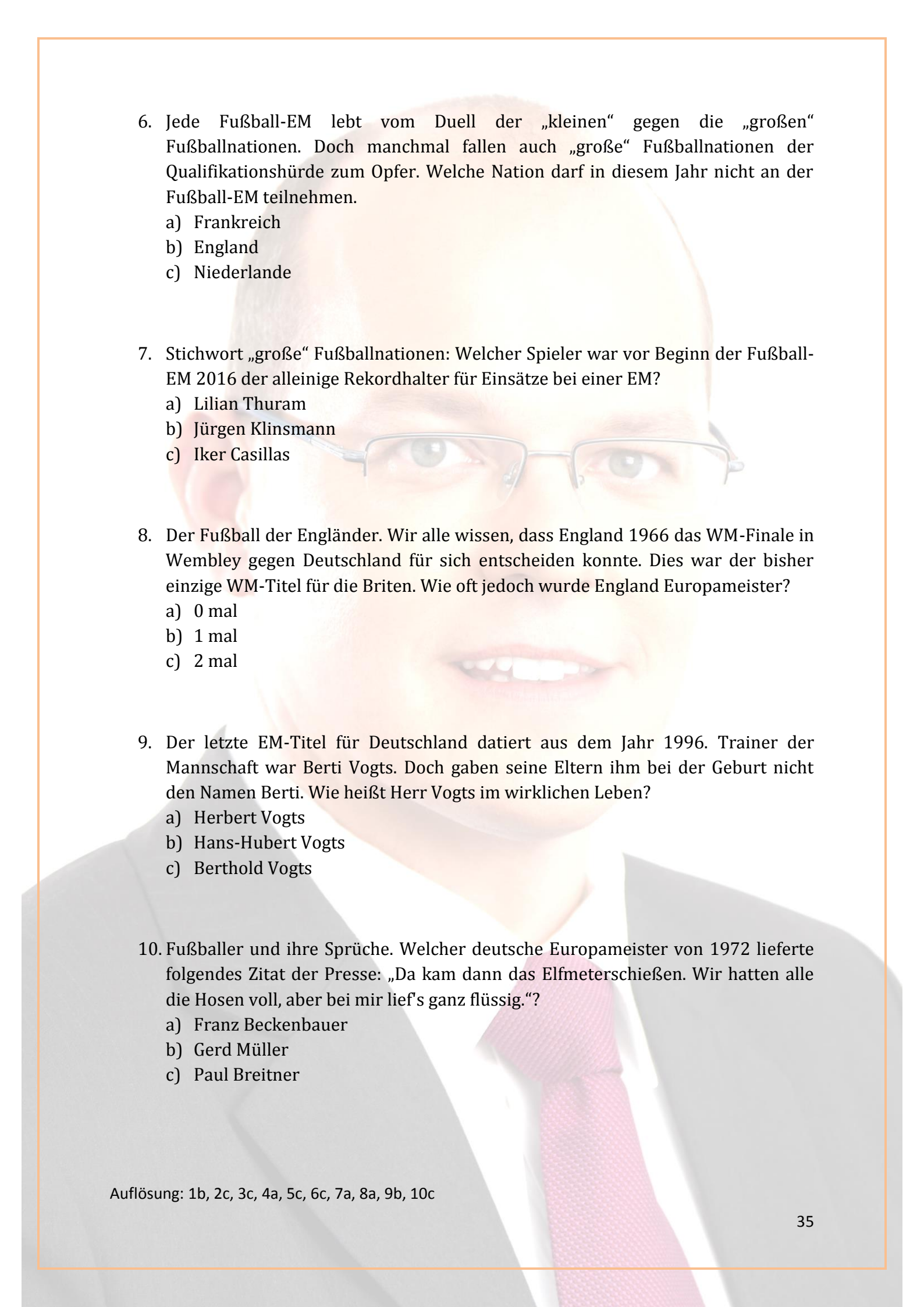


Impressum:

Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de

Quiz zur Fußball-EM

1. Welcher Spieler war bis zum Beginn der diesjährigen Fußball-EM der alleinige Rekordtorschütze bei Europameisterschaften mit 9 Treffern?
 - a) Miroslav Klose (Deutschland)
 - b) Michel Platini (Frankreich)
 - c) Alan Shearer (England)
2. Im EM-Finale 1996 siegte Deutschland gegen Tschechien 2:1. Beide Tore für Deutschland schoss Oliver Bierhoff. Wer jedoch schoss das 1:0 für die Tschechen?
 - a) Karel Poborský
 - b) Mehmet Scholl (Eigentor)
 - c) Patrik Berger
3. Die Fußball-EM 1992 wurde durch ihren Sieger zur Legende. Dänemark rückte aufgrund des Balkankonflikts für die qualifizierte Mannschaft der Jugoslawen in das Turnier und triumphierte im Finale gegen Deutschland. In welchem Land wurde diese EM ausgetragen?
 - a) Deutschland
 - b) Norwegen
 - c) Schweden
4. Die EM und das Golden Goal. Nachdem das Finale 1996 durch Golden Goal entschieden wurde, geschah dies auch bei der folgenden EM im Jahr 2000. Welcher Spieler erzielte damals das entscheidende Tor für Frankreich gegen Italien?
 - a) David Trezeguet
 - b) Bixente Lizarazu
 - c) Thierry Henry
5. Die Fußball-EM 2000 bleibt für Deutsche Fußballfans in schlechter Erinnerung. Schon in der Vorrunde kam das aus für die deutsche Nationalmannschaft. Wer war damals Trainer der Nationalmannschaft?
 - a) Rudi Völler
 - b) Berti Vogts
 - c) Erich Ribbeck

- 
6. Jede Fußball-EM lebt vom Duell der „kleinen“ gegen die „großen“ Fußballnationen. Doch manchmal fallen auch „große“ Fußballnationen der Qualifikationshürde zum Opfer. Welche Nation darf in diesem Jahr nicht an der Fußball-EM teilnehmen.
- Frankreich
 - England
 - Niederlande
7. Stichwort „große“ Fußballnationen: Welcher Spieler war vor Beginn der Fußball-EM 2016 der alleinige Rekordhalter für Einsätze bei einer EM?
- Lilian Thuram
 - Jürgen Klinsmann
 - Iker Casillas
8. Der Fußball der Engländer. Wir alle wissen, dass England 1966 das WM-Finale in Wembley gegen Deutschland für sich entscheiden konnte. Dies war der bisher einzige WM-Titel für die Briten. Wie oft jedoch wurde England Europameister?
- 0 mal
 - 1 mal
 - 2 mal
9. Der letzte EM-Titel für Deutschland datiert aus dem Jahr 1996. Trainer der Mannschaft war Berti Vogts. Doch gaben seine Eltern ihm bei der Geburt nicht den Namen Berti. Wie heißt Herr Vogts im wirklichen Leben?
- Herbert Vogts
 - Hans-Hubert Vogts
 - Berthold Vogts
10. Fußballer und ihre Sprüche. Welcher deutsche Europameister von 1972 lieferte folgendes Zitat der Presse: „Da kam dann das Elfmeterschießen. Wir hatten alle die Hosen voll, aber bei mir lief's ganz flüssig.“?
- Franz Beckenbauer
 - Gerd Müller
 - Paul Breitner